

Anfrage

gemäß der Geschäftsordnung

CDU-Fraktion / Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Nr.: A 22/0728-01

Status: öffentlich

Datum: 14.10.2022

Auswirkungen der geplanten Wohngelderhöhung auf die Kommunen
Anfrage der Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen und der CDU

Beratungsfolge:

<u>Gremium:</u>	<u>Datum:</u>	<u>Status:</u>	<u>Zuständigkeit:</u>
Finanzausschuss	24.10.2022	Ö	Kenntnisnahme

Sachverhalt:

Angesichts der Energie- und Wirtschaftskrise hat die Bundesregierung eine weitere Reform des Wohngeldes auf den Weg gebracht. Damit können weitaus mehr Menschen als bislang von staatlichen Leistungen erhalten, die auch deutlich höher ausfallen sollen. Der Kreis der Bezugspersonen vergrößert sich schätzungsweise um den Faktor 3, bundesweit profitieren von dieser Regelung demnach ab dem kommenden Jahr über zwei Millionen Menschen statt bislang rund 600.000. Die Beträge, die ausgezahlt werden, sollen sich laut Regierungsinformationen durchschnittlich verdoppeln. Maximal erhielten die Antragstellenden 370 Euro gegenüber 177 Euro, die bislang gezahlt werden. Vor dem Hintergrund dieser Veränderungen bitten die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen um die Beantwortung folgender Fragen:

- Wie viele Wohngeldbeziehende gibt es in der Stadt?
- Wie viele Mitarbeitende sind in der Wohngeldstelle tätig?
- Sind dort alle Stellen besetzt?
- Wie viele Beschäftigte wären im kommenden Jahr voraussichtlich nötig, um diesen Arbeitsaufwand in der Wohngeldstelle bewältigen zu können und die Menschen rechtzeitig ihr Geld bekommen?

- Gibt es Hinweise darauf, dass der Bund die Kommune für diese Aufgabe finanziell in die Lage versetzt?

Begründung

In Mülheim ist mit einem vergleichbaren Anstieg wie bundesweit zu rechnen. Schon jetzt ist festzustellen, dass viele Stellen in der Stadtverwaltung gerade im sozialen Bereich nicht besetzt sind und Stellenausschreibungen vielfach nicht erfolgreich sind. In der Vergangenheit hatte der Bund wiederholt Gesetze verabschiedet und dadurch die Kommunen mit neuen Aufgaben betraut, ohne sie dafür finanziell in die Lage zu versetzen.

Christina Küsters
Fraktionsvorsitzende
der CDU-Fraktion

Tim Giesbert
Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Siegfried Rauhut
Finanzpolitischer Sprecher
der CDU-Fraktion

Björn Maue
Finanzpolitischer Sprecher
Bündnis 90 / Die Grünen

Anlagen: